

Positionspapier SP Stadt St.Gallen

Zukunftsbremsen lösen: Eine stabile und langfristige Finanzpolitik für eine soziale Stadt St.Gallen



Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	3
2 Die Folgen der bürgerlichen Abbaupolitik	4
3 Die Antwort: Investieren statt abbauen	5
4 Fünf Positionen der SP für eine zukunftsfeste Finanzpolitik	7

1 Einleitung

Die Stadt St.Gallen steht finanziell unter Druck. Gleichzeitig wird ihre Rolle als kulturelles, wirtschaftliches und gesellschaftliches Zentrum der Ostschweiz immer bedeutender. Als Arbeits-, Bildungs- und Wohnort übernimmt die Stadt St.Gallen weitreichende Aufgaben für die ganze Region. Sie steht damit in besonderer Verantwortung. Diese Verantwortung ist demokratisch und gesellschaftlich definiert, ihre Aufgaben folgen dem öffentlichen Interesse und gesetzlichen Vorgaben. Grundlegende Leistungen muss sie für alle Menschen zugänglich und finanzierbar halten. Jede*r Einwohner*in trägt im Rahmen wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Stabilität und Gemeinwohl der Stadt bei.

Mit ihrer aktiven Ausgaben- und Investitionspolitik wirkt die Stadt als stabilisierende Kraft und wirtschaftlicher Motor – besonders in Krisenzeiten. Investitionen in Bildung, Infrastruktur, soziale Sicherheit oder ökologische Entwicklung fördern nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern stimulieren auch die regionale Nachfrage und Innovation. Gerade deshalb gefährden Sparprogramme nicht nur soziale Errungenschaften, sondern auch die wirtschaftliche Dynamik der Stadt und Region.

Die SP Stadt St.Gallen setzt sich für eine zukunftsfähige Finanzpolitik ein, die den Menschen und der Umwelt dient, statt sich in Abbau und symbolischer Schuldenhysterie zu verlieren. Ziel ist eine gerechte Finanzierung des Service Public, die langfristige Investitionen ermöglicht, die Steuerbasis stärkt und die Stadt für alle lebenswert macht.

Das vorliegende Papier liefert eine Analyse der Ursachen der finanziellen Schieflage, entlarvt die ideologischen Grundlagen bürgerlicher Sparpolitik und stellt fünf Positionen vor, mit denen sich die SP für eine zukunftsfähige und soziale Finanzpolitik in St.Gallen einsetzt.

2 Die Folgen der bürgerlichen Abbaupolitik

Die finanzielle Situation der Stadt ist angespannt. Aber nicht, weil sie «über ihre Verhältnisse» lebt. Viele Ausgaben liegen ausserhalb des Einflussbereichs der Stadt. Das strukturelle Defizit geht einerseits zurück auf nicht beeinflussbare, gebundene Ausgaben aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen, andererseits ist sie das Resultat einer langjährigen bürgerlichen Finanzpolitik auf allen drei Staatsebenen, die systematisch auf Lastenabwälzungen, Steuersenkungen und Kürzungen setzt. Diese Politik untergräbt gezielt die Handlungsspielräume der Gemeinden.

Zentrale Belastungen der Stadt St.Gallen in der Rechnung 2024 belegen dies deutlich:¹

- Die gebundenen Ausgaben steigen kontinuierlich – insbesondere im Bildungsbereich. Allein der Mehraufwand in der Direktion Bildung und Freizeit beträgt im Jahr 2024 7 von 10 Mio. Franken, bedingt durch steigende Schüler*innenzahlen und dem Wachstum bei der Tagesbetreuung.
- Seit 2010 überwältigt der Kanton immer mehr Aufgaben auf die Gemeinden. Für die Stadt bedeutet das zusätzliche Nettoaufwände von jährlich 32 Mio. Franken. So wurden die Kosten der stationären Pflegefinanzierung vom Kanton auf die Gemeinden überwältigt. Sie belaufen sich mittlerweile auf 23 Mio. Franken pro Jahr.
- Durch die Unternehmenssteuerreform STAF verlor die Stadt allein 2021 rund 12 Mio. Franken an Einnahmen.
- Die 2023 beschlossene Senkung des Steuerfusses reduziert die städtischen Einnahmen jährlich um weitere 5 Mio. Franken.
- Bei juristischen Personen und der Grundstückgewinnsteuer wird 2024 je ein Rückgang der Erträge um 5 Mio. Franken verzeichnet – eine Folge der wirtschaftlichen Lage und des Zinsniveaus.
- Ungedeckte Zentrums- und Zusatzlasten summieren sich auf 36 Mio. Franken pro Jahr – ohne angemessene Abgeltung durch den Kanton.

In den vergangenen 13 Jahren hat die Stadt mit «Fit13+», «Futura» und «Fokus 25» drei Sparpakete geschnürt, um das Defizit aufzufangen. Bis 2027 sollen allein mit «Fokus 25» wiederkehrend 25 Mio. Franken eingespart werden. Nun folgt «Alliance». Gleichzeitig wird auf Kantonsebene das nächste Abbaupaket im Umfang von 180 Mio. Franken lanciert. Wie in vergangenen Jahren kommt ein substanzieller Anteil dieses Betrags durch Leistungsabbau und Überwälzungen auf die Gemeinden zustande. Kurz: Unten wird gespart, von oben machen zusätzliche Ausgaben diese Bemühungen wieder zunichte. Ein Fass ohne Boden.

Es ist eine Illusion zu glauben, diese Ausfälle allein durch Sparmassnahmen auf städtischer Ebene auszugleichen, ohne einen massiven Abbau von Leistungen zu riskieren. Dennoch lautet die bürgerliche Antwort auf diese strukturellen Herausforderungen seit Jahren: sparen und Steuern senken. Doch Sparpolitik allein ist kein Konzept. Was als «Sparen» verkauft wird, ist in Wahrheit ein schleichender Leistungsabbau bei der Bevölkerung.

¹ https://www.stadt.sg.ch/home/verwaltung-politik/demokratie-politik/finanzen/_jcr_content/Par/stsg_accordion_list/AccordionListPar/stsg_accordion_16822_1892190438/AccordionPar/stsg_downloadlist/DownloadListPar/stsg_download_349139137.ocFile/Rechnung%202024%20Bericht%20des%20Stadtrats.pdf

Die Folgen dieser Politik zeigen sich bereits heute: Höhere Elternbeiträge bei der familienexternen Kinderbetreuung, Kürzungen bei Schullagern, eingeschränkte Öffnungszeiten bei städtischen Angeboten. All das entspricht einem realen Kaufkraftverlust für die Bevölkerung. Besonders betroffen sind Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, die auf einen starken Service Public angewiesen sind und von Steuerfussenkungen nicht profitieren. Das verschärft die soziale Ungleichheit. Hinzu kommen ausbleibende Multiplikatoreneffekte: Dringend notwendige Subventionserhöhungen etwa bei Kulturinstitutionen bleiben aus, was der hohen Attraktivität der Stadt und der Wertschöpfung der Region schadet.²

3 Die Antwort: Investieren statt abbauen

Ohne substantielle Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder soziale Angebote gerät die Stadt in wirtschaftlichen und sozialen Rückstand. Der Fokus auf die Ausgaben blendet nicht nur die Ursachen des Defizits aus, etwa die zahlreichen Lastenüberwälzungen des Kantons, sondern blockiert auch Zukunftsaussichten. So wird Finanzpolitik zur Zukunftsbremse.

Die SP Stadt St.Gallen stellt dem eine andere Haltung entgegen: Wir erkennen die finanzielle Realität der Stadt St.Gallen an, aber wir weigern uns, sie zum Vorwand für mutlosen Abbau zu machen. Ja, es braucht einen effizienten Mitteleinsatz. Ja, es braucht eine kritische Prüfung von Aufgaben, wo diese sozial vertretbar sind. Die SP zeigt in diesem Papier konkrete Vorschläge, wo Optimierung möglich ist. Aber wir sagen ebenso klar: Allein durch Effizienzgewinne und Kürzungen ist dieses strukturelle Defizit nicht zu beheben. Wer das behauptet, betreibt Augenwischerei – oder plant insgeheim den Abbau.

Ehrliche Finanzpolitik beschränkt sich daher nicht auf Sparmassnahmen, sondern bezieht auch eine Stärkung der Einnahmen mit ein (Stärkung Steuerkraft, Steuerfuss, neue Einnahmequellen). Die SP ist bereit, diese notwendige Debatte zu führen, auch wenn der Steuerfuss der Stadt nicht zuletzt aufgrund eines verfehlten Steuerwettbewerbs und Finanzausgleichs im kantonalen Vergleich hoch ist.³ Doch zentrale Leistungen abzubauen oder dringend nötige Investitionen zu verschieben, wäre der falsche Weg. Die SP steht für eine solidarische Gegenfinanzierung der städtischen Leistungen. Sie ist getragen vom verfassungsmässigen Prinzip, dass Steuern nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erhoben werden sollen. Dieser Grundsatz aus Artikel 127 der Bundesverfassung ist für uns zentral: Wer mehr hat, trägt mehr. Daher sind Steuern neuen Gebühren vorzuziehen. Steuern sind kein Selbstzweck. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung und ermöglichen sozialen Zusammenhalt. Wer diese Diskussion verweigert, betreibt Sparillusion.

Die städtischen Finanzen dürfen nicht dem Diktat des Steuerwettbewerbs geopfert werden. Wer den Steuerfuss senkt, ohne die Lasten fair zu verteilen, entzieht dem Service Public die Grundlage und schadet der Mehrheit der Bevölkerung. Die SP fordert deshalb eine Rückkehr zu einer Politik, die sich nicht primär an «Ranking-Logiken», sondern an Bedürfnissen orientiert: bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung, ökologische Mobilität und soziale Sicherheit

² Die Stadt Biel zeigt in einer aktuellen Studie, dass 1 Million Franken für Subventionen durchschnittlich 3,9 Millionen Mehrwert für die Region bewirken. <https://www.bielbienne.ch/de/news.html/29/news/5659>.

³ Bereits kündigen zahlreiche Gemeinden im Kanton St.Gallen Steuerfusserhöhungen an, u.a. Goldach, Rorschacherberg und Steinach. <https://bodensee-nachrichten.ch/aktuelles/detail/ruinoeser-steuerwettbewerb-in-der-region?>

müssen finanziell gesichert sein. Das ist nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch nachhaltig.

Wenn notwendige Investitionen nicht getätigt werden, entstehen versteckte Folgekosten: Bildungsverluste bei Kindern, überlastete Sozialsysteme, Instandhaltungsrückstände bei der Infrastruktur, eine ausgestorbene Innenstadt und abgehängte Quartiere. Diese Folgekosten werden nicht als Defizit ausgewiesen, sie treffen aber kommende Generationen ungleich härter. Eine sozialdemokratische Finanzpolitik anerkennt diese Risiken und steuert bewusst gegen: durch sozial gerechte Einnahmenpolitik, kluge Investitionen und eine konsequente Orientierung am Gemeinwohl.

Eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik braucht Mut, langfristiges Denken und ein klares Bekenntnis zur öffentlichen Verantwortung. Nicht Abbau, sondern Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung und Klima sind der Weg aus dem strukturellen Defizit – kombiniert mit einer gerechten Verteilung der Lasten. Nur so bleibt St.Gallen eine Stadt für alle.

4 Fünf Positionen der SP für eine zukunftsfeste Finanzpolitik

4.1 Position 1: Einnahmen erhöhen und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen

- **Einkommenssteuern stabilisieren und Steuerkraft steigern:** Die Einnahmen aus den Steuern natürlicher Personen sind dank der hohen Lebensqualität und Attraktivität der Stadt stabil. Ziel ist es, die Steuerkraft weiter zu steigern. Entscheidend dafür ist das Angebot an bezahlbarem und qualitativ gutem Wohnraum, um für Menschen mit unterschiedlichen Einkommen und Lebenslagen attraktiv zu bleiben. Im Rahmen der aktiven Bodenpolitik wird städtisches Bauland in Wohnzonen weiterhin nur im Baurecht vergeben und der gemeinnützige Wohnungsbau gestärkt.
- **Wirtschaftsstandort sichern und entwickeln:** Die Unternehmenssteuern entwickeln sich weniger konstant. Vorrang hat deshalb, bestehende Unternehmen und Organisationen zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. Der Stadtrat soll gemeinsam mit dem Kanton frühzeitig auf die Bedürfnisse der Unternehmen reagieren und passende Lösungen finden. Gleichzeitig sollen Unternehmen mit gezielten Massnahmen (z.B. Arealentwicklungen, vereinfachte Bewilligungsverfahren, Ausnahmen bei der Baurechtsvergabe) auf dem Gebiet der Stadt gehalten sowie neue Unternehmen angesiedelt werden, die auch soziale und ökologische Verantwortung übernehmen.
- **Zentrumslastenausgleich verbessern:** Der Zentrumslastenausgleich ist unzureichend. Der Kanton St.Gallen ist auf eine starke Hauptstadt angewiesen. Als bedeutendstes Zentrum der Ostschweiz spielt die Stadt St.Gallen eine zentrale Rolle im Standortwettbewerb. Mittelfristig ist sowohl inner- als auch interkantonal ein deutlich höherer Ausgleich in den Bereichen Verkehr, öffentliche Sicherheit und Kultur anzustreben.
- **Kostenwahrheit gegenüber Umlandgemeinden schaffen:** Die Stadt erbringt in vielen Bereichen Leistungen für umliegende Gemeinden. Diese müssen finanziell in die Verantwortung genommen werden. Künftig soll die Stadt diese Leistungen kostendeckend in Rechnung stellen. Diese Betrachtung soll auch in der Gestaltung von Gebühren und Tarifen für Auswärtige einfließen.
- **Standortförderung gezielter ausrichten:** Die Standortförderung soll gezielter erfolgen und stärker auf die Netzwerke und Cluster der Hochschulen (HSG, OST) und Forschungseinrichtungen (EMPA, HOCH) setzen. Diese Massnahmen sollen die Wirtschaftsstruktur diversifizieren und bestehende Klumpenrisiken abbauen.
- **Ungesunden Steuerwettbewerb eindämmen:** Der schädliche Steuerwettbewerb auf kantonaler Ebene und zwischen den Gemeinden muss eingeschränkt werden. Der Stadtrat soll sich weiterhin für einen horizontalen Finanzausgleich einsetzen und dies über die kommunalen Verbände vorantreiben.
- **Städtische Allianz aufbauen und Interessen vertreten:** Die Stadt übernimmt eine führende Rolle in der Bildung einer städtischen Allianz, um ihre Interessen auf kantonaler Ebene wirksam zu vertreten. Als Mitglied der VSGP soll sie die Kostenverteilung bei der Übertragung kantonaler Aufgaben auf die Gemeinden – zum Beispiel im Rahmen von Sparpaketen – kritisch prüfen lassen. Die heutige Regelung,

die sich häufig an der Einwohnerzahl orientiert, belastet die Stadt übermässig und trägt zu strukturellen Defiziten bei.

- **Spezialfinanzierungen hinterfragen:** Mit der Überführung bisheriger Spezialfinanzierungen (z.B. im Bereich Parkplätze und Parkhäuser) in den ordentlichen Haushalt kann der Stadtrat gezielt strategisch wichtige Projekte stärken – insbesondere in die ökologische Infrastruktur, Mobilität, Bildung, soziale Sicherheit, Digitalisierung und Organisationsentwicklung.
- **Steuerfuss überprüfen:** Die jüngste Reduktion des Steuerfusses um 3 Prozentpunkte auf 138 Prozent sollte überprüft werden. Falls notwendig ist mittelfristig – analog zu anderen Gemeinden im Kanton – auch eine Erhöhung denkbar, um den Service Public solidarisch gegenfinanzieren zu können.

4.2 Position 2: Sinnvolle Investitionen für die Zukunft realisieren und intelligenter Umgang mit Verschuldung

- **Rechnungsüberschüsse sinnvoll einsetzen:** Der Spielraum für notwendige und sinnvolle Investitionen ist zu erhalten. Dabei dürfen v.a. Investitionen und Ausgaben, die langfristige Einsparungen bringen, nicht aufgrund von kurzfristigen Sparzwängen gefährdet werden (z.B. Sanierungen oder digitale Verwaltungsprozesse). Positive Rechnungsüberschüsse sollen nicht vorschnell für Steuersenkungen, sondern neben Eigenkapitalbildung auch zur Tilgung der Schuldenlast verwendet werden.
- **Zukunftsbremsen vermeiden:** Fehlende oder lang aufgeschobene Investitionen sind ein Risiko für die Stadt als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort. Die negativen Auswirkungen werden dabei erst mittel- bis langfristig zu spüren sein. Daher sieht die SP den angekündigten, starren Investitionsplafonds äusserst kritisch. Um auch in Zukunft attraktiv zu bleiben, muss die Stadt eine stetige und langfristige Investitionspolitik betreiben.
- **Investitionen in den Service Public:** Priorität haben dabei zukunftsgerichtete Investitionen, welche den Service Public erhalten und stärken. Dabei sind v.a. qualitativ gute Bildungs- und Kulturinfrastruktur, Betreuungsinfrastruktur, ökologische Infrastruktur- und Mobilitätsvorhaben zur Erreichung der städtischen Klimaziele sowie Investitionen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu nennen.
- **Bauprojekte kostenbewusst planen und umsetzen:** Bei Bauprojekten ist der genehmigte Kostenrahmen einzuhalten. Neben einer rigiden Kostenkontrolle sollen Projektierungs- und Baukosten künftig gemeinsam beantragt werden. Dies schafft Verbindlichkeit, indem das Kostendach frühzeitig festgelegt wird. Weiter sollen insbesondere im Tiefbau Investitionen stärker nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis beurteilt werden.

4.3 Position 3: In soziale Infrastruktur investieren – Service Public stärken

Ein funktionierender Service Public ist die Grundlage für eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt. Öffentliche Dienstleistungen erleichtern das Zusammenleben für Menschen mit unterschiedlichen Einkommen und fördern die wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns dafür ein, den Service Public zu erhalten und auszubauen:

- **Bildung und Kinderbetreuung stärken:** Investitionen in Schulen, Kinderbetreuung und Jugendarbeit sind langfristig orientiert und wirken präventiv. Sie erhöhen die Erwerbsquote und machen St.Gallen für Familien attraktiv. So entstehen Chancengleichheit, gesellschaftliche Gerechtigkeit und wirtschaftliche Perspektiven.
- **Öffentliche Infrastruktur sichern und ausbauen:** Wasser-, Energie- und Abfallversorgung sowie der öffentliche Verkehr dienen in erster Linie der Bevölkerung und müssen in öffentlicher Hand bleiben. Die Erträge und Gewinnablieferungen öffentlicher Betriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der städtischen Aufgaben.
- **Kulturelle und soziale Vielfalt fördern:** Bibliotheken, Theater, Museen, Kulturlokale, Quartiertreffpunkte und Freizeitangebote sind wichtig für die Lebensqualität aller Generationen und bringen enorme Wertschöpfung. Kürzungen in diesen Bereichen lehnen wir ab.
- **Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge sichern:** Die Stadt muss sicherstellen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner Zugang zu guter medizinischer Versorgung und Pflegeangeboten haben. Das senkt langfristig teure Folgekosten im Sozial- und Gesundheitswesen. Präventive Angebote entlasten sowohl das Gesundheitssystem als auch das städtische Budget nachhaltig. Die Stadt bekämpft kostentreibende Fehlanreize und Trittbrettfahrer*innen im System politisch, etwa bei der Angehörigenpflege.
- **Gemeinnütziger Wohnungsbau stärken:** Die Stadt soll stärker gezielt in sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau investieren. So wird bezahlbarer Wohnraum geschaffen, soziale Durchmischung gefördert und knapper Wohnraum der Spekulation entzogen. Die Stadt profitiert von Baurechtszinsen.

4.4 Position 4: Mittel in der Verwaltung effizient nutzen statt Sozialabbau

- **Effizienz vor Leistungsabbau:** Im Rahmen von Sparpaketen sind Effizienzsteigerungen und Synergien innerhalb der allgemeinen Verwaltung dem unsozialen Leistungsabbau für die breite Bevölkerung vorzuziehen (z.B. Öffnungszeiten, Beratungsstellen, Bademeister*innen).
- **Digitalisierung nutzen:** Innerhalb der städtischen Verwaltung und den Betrieben besteht ein grosses Potenzial bei der Digitalisierung von Prozessen und einer directionsübergreifenden Aufgabenerfüllung. Anstelle von unbedachten Sparmassnahmen sollen diese systematisch analysiert und genutzt werden. Digitalisierung schafft nicht nur effizientere Abläufe, sondern senkt Fehlerquoten und verkürzt Bearbeitungszeiten. Der initiale Investitionsbedarf amortisiert sich durch tiefere laufende Kosten.

- **Effiziente Nutzung städtischer Immobilien:** Die Stadt besitzt ein grosses Liegenschaften-Portfolio. Durch die Nutzung eigener Liegenschaften anstelle teurer Mietobjekte für die Verwaltung können wiederkehrende Ausgaben dauerhaft gesenkt werden. Hierfür kann es auch sinnvoll sein, gezielt neue Liegenschaften zu erwerben. Der städtische Liegenschaftenbestand soll um neue Wohnbauten ergänzt werden, um bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und Mieteinnahmen zu generieren. Dabei können u.a. bisher als Geschäftsräume genutzte Liegenschaften in Betracht gezogen werden.
- **Leerläufe vermeiden:** Teure Leerläufe, Doppelspurigkeiten und Planungsfehler gilt es konsequent zu vermeiden (z.B. Busdepot, Radweg Unterer Graben). Dazu braucht es ein wirksames Projektmonitoring sowie eine frühzeitige und verbindliche Koordination zwischen den städtischen Dienststellen, dem Kanton und weiteren relevanten Akteuren. Transparente Abläufe, klare Zuständigkeiten und eine vorausschauende Planung erhöhen die Effizienz, sparen Kosten und verbessern die Qualität.
- **Beratungsaufträge reduzieren:** Beratungsaufträge an Dritte sollen gezielt reduziert werden. Wo sinnvoll, ist zu prüfen, ob Aufgaben durch In-Sourcing kostengünstiger und effizienter innerhalb der Verwaltung erfüllt werden können. Der gezielte Kompetenzaufbau innerhalb der Verwaltung stärkt deren Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit sowie die Attraktivität als Arbeitgeberin.
- **Faire Lohnpolitik:** Die Stadt soll ihre Löhne sozial ausgewogen und finanzpolitisch verantwortungsvoll gestalten. Lineare prozentuale Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleiche begünstigen tendenziell höhere Einkommen stärker. Das gilt es im Sinne eines gezielten Mitteleinsatzes kritisch zu prüfen. Künftig sollen soziale Kriterien bei Lohnanpassungen im Budgetprozess stärker gewichtet werden, um tiefe und mittlere Einkommen gezielt zu entlasten. Möglich sind etwa Sockelbeiträge oder Modelle, bei denen diese Lohnklassen relativ stärker profitieren. Auf diese Weise verkleinert die Stadt die Lohnschere, stärkt ihre Attraktivität als Arbeitgeberin und setzt die Personalmittel effizient ein.
- **Kommunale Beteiligungen und Leistungsvereinbarungen wirksam steuern:** Die Beteiligung der Stadt an Unternehmen soll systematisch überprüft und aktiver begleitet werden. Vorrang haben Beteiligungen, die zur Sicherung der öffentlichen Grundversorgung beitragen. Auch gewisse Leistungsvereinbarungen mit Dritten können überprüft werden, wo sachliche und finanzpolitische Gründe dafür sprechen (z.B. im Tourismus). Gleichzeitig kann es in bestimmten Fällen fachlich oder gesetzlich angezeigt sein, dass die Stadt Leistungen durch In-Sourcing wieder selbst erbringt.
- **Grossprojekte mit Mehrwert realisieren:** Reine verwaltungsinterne Infrastrukturprojekte ohne öffentliche oder gemischte Nutzung (z.B. Werkhöfe, Busdepots) sollen zugunsten von Projekten mit gemischter Nutzung (z.B. Wohnen, Gewerbe, öffentliche Räume) neu gedacht werden – wie etwa beim Kalkbreite-Areal in Zürich. Teure Grossprojekte müssen langfristig einen klaren städtischen Mehrwert bieten. Ansonsten blockieren sie unnötig finanzielle Handlungsspielräume.
- **Kritischer Umgang mit Ersatzbeschaffungen:** Bei Ersatzbeschaffungen z.B. von Fahrzeugen sind die bisherigen Entscheidungskompetenzen kritisch zu prüfen. Zudem

ist bei allen Ersatzbeschaffungen deren betriebliche Notwendigkeit zu hinterfragen und zwingend Alternativen (z.B. Nutzung von Synergien, Anpassung betriebliche Abläufe, Miete statt Kauf usw.) in Betracht zu ziehen.

4.5 Position 5: Nachhaltige und ökologische Entwicklung der Stadt

Klimaschutz, Energieeffizienz und eine sozial gerechte Stadtentwicklung sind nicht nur ökologische oder gesellschaftliche Pflicht, sondern auch finanzpolitisch geboten. Wer heute in grüne Infrastruktur, Mobilitätswende und Ressourceneffizienz investiert, schützt die Stadt von morgen vor hohen Folgekosten. Die SP setzt sich deshalb für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung ein, die Gemeinwohl und Finanzstabilität verbindet:

- **Städtische Gebäude energetisch sanieren – Betriebskosten senken:** Die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften senkt dauerhaft Energieausgaben, reduziert CO₂-Emissionen und sichert lokale Wertschöpfung. Fördermittel von Bund und Kanton sollen aktiv genutzt werden, um die städtische Finanzbelastung gering zu halten.
- **Nachhaltige Mobilität reduziert externe Kosten:** Der Ausbau von öffentlichem Verkehr, Fuss- und Veloverbindungen senkt externe Kosten durch Lärm, Unfälle und Gesundheitsschäden. Auf teure Strassenprojekte wie den Autobahnanschluss Güterbahnhof ist zu verzichten: Sie verursachen nicht nur ökologische Schäden, sondern ziehen für die Stadt hohe Begleitkosten nach sich (z.B. bei Erschliessung, Lärmschutz, städtebaulichen Anpassungen) und engen den finanziellen Spielraum unnötig ein.
- **Ressourceneffizienz stärken:** Eine nachhaltige Beschaffungspolitik und der Einsatz ressourcenschonender Materialien (z.B. im Bauwesen) senken langfristig Betriebskosten, vermeiden Abfälle und schaffen regionale Innovationsimpulse. Die Stadt soll Wiederverwendung, Reparatur und Sharingmodelle aktiv fördern. Nachhaltigkeit bedeutet nicht Mehrausgaben, sondern langfristig geringere Betriebs- und Folgekosten.
- **Ökologische Infrastruktur ausbauen:** Investitionen in klimaresiliente Grünräume, Entsiegelung oder das Schwammstadtprinzip beugen teuren Klimaschäden wie Überflutungen oder Hitzebelastungen vor. Biodiversität in Siedlungsgebieten verbessert die Lebensqualität und spart langfristig Gesundheits- und Infrastrukturkosten.